



# DAS ROTE TUCH

## BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

19. Januar 2024  
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

### Die extreme Rechte: Eine Gefahr, die nur die Arbeiterklasse bekämpfen kann

Weit über hunderttausend Menschen sind in den letzten Tagen auf die Straße gegangen – empört über die AfD-Funktionäre, CDU-Politiker und Unternehmer, die mit militanten Neonazis ein geheimes Treffen organisiert haben. Eingeladen vom „Backwerk“-Gründer Limmer diskutierten sie den Plan, Millionen Menschen aus Deutschland zu vertreiben. Millionen unserer Kolleg\*innen – Arbeitende auf dem Bau, im Pflegeheim, dem Paketdienst oder der Fabrik, die sich hier (teils seit Jahrzehnten) ein Leben aufgebaut haben – wollen sie zwangsdeportieren: alle, die ihrer Ansicht nach nicht „deutsch“ genug sind.

Wie könnte man da nicht an die Massendeportation der Juden denken, die die (von Krupp, Thyssen und Co. finanzierten) Nazis damals zum Sündenbock für die Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit und Armut gemacht haben? So, wie heute die Flüchtlinge und die muslimischen Migranten zum Sündenbock für alle Probleme gemacht werden!

Schon die nun entstandene öffentliche Diskussion über den Plan ist für diese Kräfte ein Erfolg. Denn etwas Unfassbares scheint dadurch „möglich“. Und wenn Millionen Arbeitende dadurch Angst bekommen, aus dem Land geworfen zu werden, dann können die Unternehmer (wie Backwerk) ihre Angst ausnutzen, um sie zu noch schlechteren Bedingungen arbeiten zu lassen... und damit Druck auf alle Arbeitenden auszuüben. So nämlich arbeiten Parteien wie die AfD. Sie versuchen uns einzureden, dass geschlossene Grenzen, Abschiebungen und härtere Gesetze gegen Migranten in unserem Interesse wären. In Wahrheit aber schwächt dieser Angriff auf einen Teil der Arbeitenden letztlich uns alle – zum Nutzen der Kapitalisten. Allein deshalb sind die Rechtsextremen Feinde der Arbeiterklasse.

Das Geheimtreffen zeigt obendrein, wie eng die Beziehungen zwischen der AfD und den Neonazis sind. Wenn die AfD stärker wird, stärkt dies auch diese militanten Gruppen, die offen für eine Diktatur eintreten und heute schon teilweise diejenigen terrorisieren, die die „falsche“

Hautfarbe oder Meinung haben. Das ist eine riesige Gefahr für uns alle!

Viele, die derzeit demonstrieren, wollen etwas dagegen unternehmen. Doch die Frage ist: Wie? Ein Teil der Politiker schlägt gesetzliche Maßnahmen wie ein Parteien-Verbot vor. Als könne man eine weltweite, jahrelange und massive Rechtsentwicklung einfach dadurch aufhalten, dass man eine Partei (mit 20% Wählerstimmen) verbietet oder einzelnen Politikern die Grundrechte entzieht!

Es gibt tieferliegende Gründe, warum überall Rechtsextreme stärker werden. Der marode Kapitalismus steckt in einer Dauer-Krise. Und alle Regierungen verschlechtern seit Jahren die Bedingungen der einfachen Bevölkerung, um in dieser Krise die gigantischen Profite und Reichtümer einer winzigen Minderheit zu schützen. Nehmen wir doch nur das neuste Sparpaket. Für 60 Milliarden Euro Geschenke an die Bosse der Großkonzerne greift die Regierung alle anderen an: die Arbeitenden, Arbeitssuchenden, Rentner\*innen, Geflüchteten, kleinen Selbstständigen, Bauern...

Die Existenzängste, die all die Krisen auslösen und die Empörung, die die arbeiterfeindliche Politik der regierenden Parteien hervorruft – gepaart mit ihrer unsäglichen Arroganz und Verachtung: Das ist der Nährboden, auf dem die Rechtsextremen stärker werden.

Um diesen Nährboden zu bekämpfen, muss man sich gegen die megareichen Kapitalisten wenden, die die gesamte Gesellschaft aussaugen und die eigentlichen Verursacher für unsere Probleme sind. Man muss sich gegen die Profitlogik und den Konkurrenzkampf der Konzerne stellen, die weltweit Verarmung, Krisen und Kriege hervorbringen.

Die großen Parteien aber stehen alle, inklusive der AfD, im Dienst eben dieser großen Kapitalisten. Um auf die wachsende Unzufriedenheit zu reagieren, machen daher alle Parteien immer öfter die schwächsten Teile der Arbeiterklasse zum Sündenbock, angefangen bei den Flüchtlingen – wodurch sie die Rechtsextremen noch stärker machen.

Die Aussagen von Teilen der CDU sind schon kaum noch von der AfD zu unterscheiden. Es ist kein Zufall, dass bei dem Geheimtreffen auch CDU-Politiker waren. Die Gefahr der rechtsextremen Entwicklung ist also nicht auf die AfD beschränkt – und kann nicht einfach durch ihr Verbot gestoppt werden.

Und wie könnten wir darauf vertrauen, dass Polizei, Justiz und Verfassungsschutz ein solches Verbot konsequent durchsetzen würden? Bei der Polizei sind doch deutlich mehr AfD-Anhänger als in der übrigen Bevölkerung. Und der Vorsitzende des Verfassungsschutzes war bis 2018... der AfD-nahe Maaßen.

Obendrein sind da die Kapitalisten. Nicht nur die aus der zweiten Reihe, die das Geheimtreffen organisierten. Auch US-Multimilliardär Elon Musk hat aufgerufen, AfD zu wählen. In Frankreich unterstützt einer der reichsten Konzernbesitzer Bolloré offen den rechtsextremen Politiker Zemmour, der Höcke ähnlich ist. Diese Leute haben Geld und Einfluss, um notfalls der nächsten rechtsextremen Partei in den Sattel zu helfen.

Im Moment dienen Parteien wie die AfD dem Kapital vor allem als parlamentarische Ersatz-Lösung, wenn die übrigen Parteien zu viel Vertrauen verloren haben – wie derzeit in Italien oder den Niederlanden. Doch sollten die wirtschaftliche Krise, das Chaos und auch der Protest dagegen größer werden, dann sind sie durchaus bereit, sich auf die rechtsradikalen Milizen hinter diesen Parteien zu stützen, um ihr System notfalls mit Terror und Gewalt aufrechtzuerhalten.

Wir können und dürfen den lebenswichtigen Kampf gegen die Rechtsentwicklung nicht den Herrschenden überlassen. Wir müssen ihn selber in die Hand nehmen. Angefangen damit, dass wir in den Betrieben und Stadtteilen dafür eintreten, dass sich die Arbeitenden – egal welcher Herkunft und Religion – zusammenschließen, um sich gegen die wahren Verursacher der heutigen Verschlechterungen zu wehren, gegen die Kapitalisten und ihre Regierung... und ihnen letztlich die Macht aus den Händen zu nehmen.

## Gaza: Sie vernichten nicht die Hamas, sondern die Palästinenser!

Seit über 100 Tagen führt die israelische Regierung im Gazastreifen einen regelrechten Vernichtungskrieg. Laut der UNO sind ganze Gebiete „dauerhaft unbewohnbar“ geworden. Teilweise sind 70% der Gebäude in dicht besiedelten Gebieten zerstört. Hunger und Verzweiflung werden von Tag zu Tag größer.

Die Hamas hat die israelische Regierung dadurch nicht ausgelöscht. Im Gegenteil, angesichts des von allen imperialistischen Großmächten unterstützten Massenmords kann sie sich als die scheinbar einzige Verteidigerin der Pa-

lästinenser darstellen. Umso mehr, als die rechtsextremen Teile der israelischen Regierung immer offener... die Vertreibung aller Palästinenser fordern. So erklärte der israelische Finanzminister Smotrich, dass am besten nur noch „100.000 oder 200.000 Araber“ im Gazastreifen leben sollten. Stattdessen sollten dort jüdische Siedlungen entstehen. Was soll das für die übrigen 2 Millionen Palästinenser dort bedeuten?

Der Verteidigungsminister Gallant – unterstützt von den USA und der EU – erklärt seinerseits, dass (nachdem

zehntausende palästinensische Kinder, Frauen und Männer ermordet wurden) irgendwann wieder palästinensische Kräfte den Gazastreifen verwalten „dürften“: allerdings nur Kräfte, die der israelischen Regierung genehm sind.

Die Diskussionen in der israelischen Regierung und seitens der imperialistischen Mächte machen eines deutlich: Keiner von ihnen hat irgendetwas anderes anzubieten, als die Unterdrückung und Entrechtung der Palästinenser fortzusetzen und damit auch die Kriege, die dies zwangsläufig hervorbringt.

## Rotes Meer: Wer bedroht wirklich die Stabilität im Nahen Osten?

Der Krieg der israelischen Armee gegen die Bevölkerung im Gaza-Streifen und die bedingungslose Unterstützung durch die westlichen Großmächte, die auch noch Waffen für dieses Massaker liefern, droht immer mehr, die Bevölkerung der Nachbarländer ebenfalls in den Krieg zu stürzen.

Nach wechselseitigen Angriffen mit der Hisbollah in der Grenzregion ist Israel nicht davor zurückgeschreckt, in der Hauptstadt des Libanons Bomben abzuwerfen. Wie weit wird diese Eskalation gehen? Im Irak und Syrien bombardiert die USA seit Beginn des Gaza-Krieges „vorbeugend“ die Stellungen proiranischer Milizen. Der Iran antwortet, indem er Stellungen seiner Gegner im Irak und Syrien bombardiert. Als wären diese Länder nicht schon genug durch die Machtkämpfe der Großmächte in Krieg und Elend gestürzt worden!

Ganz zu schweigen vom Jemen! Hier hört man immer nur von den Huthi-Rebellen, die Raketen in den Suez-Kanal schießen und damit den Welthandel gefährden und die Region destabilisieren würden. Dabei tragen auch für diesen Konflikt die imperialistischen Großmächte, allen voran die USA, die Haupt-Verantwortung.

2011, im Zuge des arabischen Frühlings, musste der jemenitische Diktator Salih abdanken. Dieser hatte bis dahin mit dem Segen der USA und Saudi-Arabiens geherrscht. Diese versuchten, stattdessen seinen Stellvertreter an die Macht zu bringen. Doch die Proteste gegen das Regime gingen weiter. Die Huthi-Milizen gewannen dabei immer mehr an Einfluss. Am Ende beherrschten sie fast das gesamte Land. Saudi-

Arabien und die USA aber wollten nicht zulassen, dass eine mit dem Iran befreundete Macht im Jemen das Sagen hatte. Daher begannen sie 2015 einen brutalen Krieg, der bereits acht Jahre andauert und über 400.000 Tote gefordert hat.

Mit ihren heutigen Aktionen im Suez-Kanal antworten die Huthi-Milizen letztlich nur auf den Krieg, den die Großmächte seit Jahren gegen sie führen – und auf deren Unterstützung für den Krieg gegen die Palästinenser im Gazastreifen.

Die Raketen der Huthi haben bislang niemanden auf den Handelsschiffen verletzt. Doch sie haben viele Schiffe zu einer anderen Route gezwungen, die teurer und länger ist – was vor allem die Konzerne in Europa trifft. Um deren Interessen zu schützen und als weitere Drohung an den Iran haben die USA und Großbritannien nun erneut mehrere



Das US-Militär startet zum Angriff auf jemenitische Städte.

jemenitische Städte bombardiert, ohne Rücksicht darauf, wie viele Zivilisten sie dabei töten oder verletzen. Und keiner kann absehen, wie es weitergeht.

Die westlichen Staatschefs beteuern zwar, dass sie keine Ausweitung des Konflikts im Nahen Osten wollen und rufen zur „Deeskalation“ auf. Doch in Wahrheit wollen sie in dieser für Öl, Gas und den Welthandel so wichtigen Region nicht einen Zentimeter Boden verlieren an Milizen oder Staaten, auf die sie keinen Einfluss haben... selbst wenn sie dafür die gebeutelte Region in neue Kriege stürzen.

## Deutsche Bahn: Bei dem Vorstand kann man nur streiken

Vom 10. bis zum 12. Januar hat die „Gewerkschaft der Lokführer“ (GDL) erneut zum Streik aufgerufen. Zehntausende Bahn-Beschäftigte haben drei Tage lang gestreikt: für mehr Lohn und – angesichts der ständig zunehmenden Arbeitsbelastung – eine Verkürzung der Arbeitszeit aller Schichtarbeiter\*innen von 38 auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich.

Nachdem die Bahn erst mehrfach versucht hatte, den Streik einfach verbieten zu lassen, hat sie am Vorabend des Streiks ein geradezu zynisches „Angebot“ gemacht: Alle Beschäftigten dürften gerne ihre Arbeitszeit reduzieren... wenn sie dafür entsprechend auf Lohn verzichten. Umgekehrt „dürften“ sie auch gerne noch mehr als 38 Stunden arbeiten.

Diese dreiste Haltung der Bahn-Vorstände hat eher dazu geführt, dass noch mehr Beschäftigte gestreikt haben und entschlossen sind, nicht klein beizugeben.

## Proteste der Bauern: Die Regierung gibt teilweise nach – aber auf Kosten der Verbraucher

Über eine Woche lang sind zehntausende Bauern gegen die Streichung der Subvention auf Agrar-Diesel auf die Straße gegangen. Bereits im Dezember waren sie auf der Straße, woraufhin die Regierung ganz schnell eine andere Kürzung für sie zurückgenommen hat und die Agrar-Diesel-Subvention später und nur schrittweise abschaffen will.

Diese Kürzungen hatten denselben Grund wie all die anderen Maßnahmen des neuen Sparpakets (die Erhöhung der Heiz-, Strom- und Spritkosten, die Kürzungen bei den Rentenkassen, beim Wohngeld usw.): Die Regierung will 60 Milliarden Euro an Großkonzerne verschenken (an Intel, Bosch, BASF, ThyssenKrupp usw.) und musste das Geld hierfür aufreiben.

Für viele kleine Bauern waren diese Kürzungen nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Nicht wenige von ihnen können sich kaum über Wasser halten. Sie sind gefangen zwischen den großen Konzernen, die ihnen hohe Preise z.B. für Saatgut oder Dünger aufzwingen – und den Lebensmittelkonzernen, die ihnen viel zu niedrige Preise für die Lebensmittel bezahlen, um sie dann im Supermarkt zu extrem viel höheren Preisen zu verkaufen.

Ein Teil der hohen Subventionen für die Landwirtschaft dient also einzig dazu, die viel zu niedrigen Preise der Lebensmittelkonzerne auszugleichen. Darüber hinaus geht der Großteil der Subventionen nicht an die kleinen Bauern, sondern an die großen landwirtschaftlichen Betriebe, die sehr wohl gute Gewinne machen. Diese Großbetriebe profitieren



auch mit Abstand am meisten von den Subventionen auf Agrar-Diesel.

Aber an die Profite der Lebensmittelkonzerne oder die Bevorzugung der Großbauern wird natürlich keine der großen Parteien gehen, nicht die Ampel-Regierung – und erst recht nicht CDU und AfD, die die Wut der Bauern auf die Regierung aber gerne für ihren Wahlkampf ausnutzen wollen.

Um dennoch auf die anhaltenden Proteste der Bauern zu reagieren, will die Regierung stattdessen... mehr Kosten auf die Verbraucher abwälzen. So überlegt sie nun eine extra „Bauern-Steuer“ auf Fleisch von bis zu 40 Cent pro Kilo – was durchaus die Zustimmung vieler Bauern findet.

Am Ende sollen also (wieder einmal) die Arbeiter\*innen, Rentner\*innen, die einfache Bevölkerung bezahlen: für die kleinen Bauern, die millionenschweren landwirtschaftlichen Großbetriebe und die Lebensmittelkonzerne zugleich?!

Um wirklich den kleinen Bauern zu helfen, müsste man an die großen Lebensmittelkonzerne gehen. Man müsste diese zwingen, auf einen kleinen Teil ihrer gigantischen Profite zu verzichten, um Bauern auskömmliche Preise zu bezahlen. Denn das ist das Problem, nicht dass Lebensmittel im Supermarkt „zu billig“ wären!

Doch für die Regierung ist es immer am einfachsten, das Geld bei der arbeitenden Bevölkerung zu holen. Als würden die Preise für uns nicht schon genug steigen! Als würde das neue Sparpaket der Regierung uns nicht schon genug belasten! Als würden wir nicht schon seit Jahren immer ärmer!

Wenn uns die Proteste der Bauern etwas lehren können, dann dass auch wir Arbeiter\*innen uns Gehör verschaffen müssen. Dass wir uns zusammenschließen und für unsere Interessen kämpfen müssen – gegen die Konzernbosse und ihre Regierung.

### Vonovia: Proteste der Mieter verhindern Heizkosten-Abzocke

Schon im letzten Jahr hat Vonovia in Bottrop-Welheim versucht, horrenden Heizkosten-Nachzahlungen zu kassieren – teilweise 4.000 Euro. Als die Mieter dagegen Versammlungen organisierten und gemeinsam die Offenlegung der Belege für diese Heizkosten einforderten, ruderte Vonovia zurück und verlangte von den 140 Mietern auf einmal nur noch ganz geringe Nachzahlungen... angeblich aus „Kulanz“. Lieber verzichtete Vonovia also auf alle Forderungen, als den Mietern zu erlauben, die wahren Kosten für Heizung und alle anderen Leistungen zu kontrollieren. Interessant!

Dieses Jahr das gleiche Spiel: Nicht nur in Bottrop, sondern auch in Stuttgart, Hamburg oder Berlin hat Vonovia extreme Heizkosten-Abrechnungen von bis zu 9.000 Euro verschickt. Eine Rentnerin in Berlin Tempelhof-Schöneberg sollte 6.000 Euro nachzahlen! Auch hier machten die Mieter mobil. Zusammen mit dem bundesweiten Bündnis VONO!via & Co haben sie einen offenen Brief an Vonovia geschrieben, eine Pressekonferenz gemacht und Mitte Januar gegen Vonovia demonstriert. Und ganz plötzlich räumt Vonovia ein, dass die Abrechnungen falsch sind. Diesmal erklären sie, der Energielieferant sei schuld gewesen. Nur, dass dieser zu 49% Vonovia gehört.

Wenn sich einzelne Mieter beschwerten, lassen die Wohnungskonzerne sie oft einfach jahrelang am ausgestreckten Arm verhungern. Dass Vonovia hier so schnell eingeknickt ist, liegt daran, dass sich Mieter über die Städte hinweg vernetzt und gemeinsam und öffentlich wahrnehmbar gewehrt haben.

## Nicht nur die maroden Brücken muss man abreißen

Nachdem tiefe Risse in den Brückenpfeilern entdeckt wurden, ist die A42-Brücke zwischen Essen und Bottrop nun also für Monate gesperrt mit all dem Verkehrschaos, den das nach sich zieht. Im besten Fall wird sie danach für Fahrzeuge unter 3,5 Tonnen wieder geöffnet. Bis irgendwann eine neue Brücke gebaut ist, müssen Anwohner, Pendler und LKW-Fahrer nun Umwege und lange Staus ertragen.

Das ist nun schon die fünfte, wegen Einsturzgefahr (teilweise) gesperrte Brücke in NRW. Und es wird nicht die letzte sein. Denn die Regierenden schieben die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen – und erst recht den rechtzeitigen Bau einer neuen Brücke – aus Kostengründen immer wieder auf... bis es zu spät ist.

Wegen der vielen LKWs haben sich die Brücken außerdem sehr viel schneller abgenutzt als ursprünglich geplant. Als sie gebaut wurden, ahnte noch keiner, dass die Industrie-Konzerne ganze Teile ihrer Produktion in Länder verlagern würden, wo es billiger für sie ist – wodurch enorm viel mehr Zwischen- und Endprodukte nach Deutschland transportiert werden müssen. Außerdem haben sie aus Kostengründen fast alle Lager in den Betrieben abgeschafft – wodurch nun an vielen Betrieben (fast) täglich Rohstoffe und Teile angeliefert und fertige Produkte abgeholt werden müssen. Die Zahl der LKWs, die täglich auf den Straßen fahren, ist dadurch explodiert!

Die Konzerne kümmert es nicht, welche Folgen ihre Entscheidungen für den Straßenverkehr haben, geschweige denn für die Umwelt. Hauptsache, es bringt ihnen mehr Profit. Und natürlich finden sie es ganz selbstverständlich, dass die Allgemeinheit für die Kosten – wie die abgenutzten Straßen und Brücken – aufkommt.

Und so läuft es in zig Bereichen der Gesellschaft! Ein System, in dem nur der Profit von heute zählt und das dafür alles auf Verschleiß fährt, ist wahrlich zum Einsturz verdammt.



### Hochwasser:

## Auch in Naturkatastrophen sind nicht alle gleich

Das Hochwasser ist zwar vorbei, doch für viele Betroffene beginnen die Probleme erst richtig: Werden die Versicherungen, die über Jahre ihre Beiträge kassiert haben, überhaupt etwas zahlen? Und was ist mit denen, die sich keine Versicherung leisten konnten? Für die Arbeitenden, die Ärmern, die keine Reserven auf ihrem Konto und keine Absicherung haben, geht die Katastrophe weiter.

Nach jedem Hochwasser kündigt die Regierung an, für die Zukunft besser vorzuzugreifen. Doch dann ist – wie für so viele nützliche Dinge – nie Geld da. Die Deiche an den kleineren Flüssen werden schlecht instandgehalten und brechen umso schneller. Es fehlt an mobilen Deichen, die man an einem Tag errichten und so Dörfer vor dem Wasser schützen kann. Und vor allem müsste man grundlegend Flächen in Flussnähe anders gestalten, dort anders und teilweise auch gar nicht bauen – was unter anderem den Immobilienkonzernen nicht in den Kram passt.

Schon seit Jahren ist klar, dass es wegen dem Klimawandel deutlich häufiger Hochwasser und Überschwemmungen geben wird. Doch die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist von Grund auf unfähig, die Vorsorge der Allgemeinheit an erste Stelle zu setzen – geschweige denn die Ursachen des Klimawandels zu bekämpfen.

## Rekorde für die Aktionäre – Krise für alle anderen

Die Wirtschaft ist in einer Rezession, Energie und Rohstoffe werden teurer, überall herrscht Krise... Doch was verkünden die 40 größten deutschen Konzerne, die DAX-Konzerne? Dass sie in diesem Jahr so viel Dividende an die Aktionäre ausschütten wie noch nie in der Geschichte des Landes: 54,6 Milliarden Euro.

Fast alle diese Konzerne haben im letzten Jahr behauptet, dass es wegen der hohen Energiepreise und der weltweiten Wirtschaftsflaute eigentlich kaum noch „rentabel“ sei, in Deutschland zu produzieren. Mit diesem Totschlag-Argument haben sie fast alle im letzten Jahr große Sparpläne durchgesetzt, haben teilweise Werke geschlossen und tausende Arbeitende entlassen. Und haben obendrein Millionen, oft sogar Milliarden vom Staat kassiert.

Dieses ganze Geld, das die Konzerne so aus uns allen herausgepresst haben, brauchten sie, um trotz Rezession die Profite für die Aktionäre nicht nur zu erhalten, sondern sogar noch weiter zu erhöhen. Daran sollten wir uns erinnern, wenn sie mit der nächsten Erpressung kommen.

## Von Geburt an Kapitalisten?

70% des Vermögens in Deutschland wird durch Erbschaft und Schenkungen erworben. Und bei einem großen Teil dieses Vermögens handelt es sich um (Anteile an) Unternehmen.

So viel zu dem Mythos, dass die Kapitalisten deshalb so viel Geld haben, weil sie „gute Ideen gehabt“, „so hart gearbeitet“ hätten und „Risiken eingegangen“ wären. In Wahrheit besteht ihr Verdienst darin, dass sie in der „richtigen“ Familie geboren wurden und das geerbt haben, was ihre Familien durch die Ausbeutung „ihrer“ Arbeitenden angehäuft haben.

\*\*\*\*

Also Dank ihrer „richtigen“ Geburt sind diese Leute Firmenbesitzer oder Großaktionäre und dürfen damit darüber entscheiden, ob wir Arbeit haben oder nicht, wie viel wir verdienen, was die Firmen produzieren – sprich über unser aller Leben.

Die Geburt entscheidet über Reichtum und Macht? Das hatten wir früher schon: bei Adel und Königen. Auch die dachten damals, sie würden ewig an der Macht bleiben.

**Wollen  
Sie uns  
erreichen?**

### DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: [das-rote-tuch@gmx.de](mailto:das-rote-tuch@gmx.de) Telefon: 0151-55570980

[www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org](http://www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org)

**Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14€ pro Jahr!**